

# Der Gesellschafter.

## Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Seit 1872.

VI. Jahrgang.

Volksrechtlich 6113 Stuttgart.

Angerben-Gebühr:  
für die einjährl. Zeile aus  
gewöhnlicher Schrift oder  
deren Raum bei einmal.  
Einschickung 10 Pfg.,  
bei mehrmaliger  
Einschickung halbiert.

Verleger:  
E. W. Wagner  
und  
W. Wagner  
Nagold.

Versteht sich  
mit Ausnahme der  
Wohn- und Fehlgel.  
Preis monatlich  
für ein Exemplar  
Mk. 1.65, im Verlags-  
nach 10 Km. Verkauft  
Mk. 1.85, im Verlags-  
Württemberg Mk. 1.75.  
Wohn- und Fehlgel.  
nach Verhältnis.

Nr. 280

Donnerstag, den 29. November

1917.

# Frisch eingefetzte englische Divisionen bei Cambrai geworfen

## Die Versorgung der Kriegsbeschädigten.

II. (Fortsetzung.)

a) Die Militärrente.

Die Höhe der Rente richtet sich nach dem militärischen Dienstgrad und nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit. Man unterscheidet völlige und teilweise Erwerbsunfähigkeit. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit wird die Vollrente gewährt. Sie beträgt jährlich beim Gemeinen 540 Mk., bei Unteroffizieren 600 Mk., bei Sergeanten 720 Mk., bei Feldwebeln 900 Mk. Bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit wird eine Teilrente gewährt, die dem Grad der Erwerbsbeschränkung entsprechend abgestuft ist. Sie beträgt beispielsweise bei einer Erwerbsbeschränkung von

	90%	75%	60%	50%	35 1/2%	25%	10%
der Gemeine	480	405	360	324	270	180	135
der Unteroffizier	540	450	400,80	360	300	200,40	150
der Sergeant	648	540	480	432	360	240	180
der Feldwebel	810	675	600	540	450	300	225

Die Militärpflichtrente unterliegt der Steuerpflicht, soweit sie die steuerpflichtige Grenze erreicht.

b) Die Versäumnungszulage

Bei Stiebertreten und schweren Gesundheitsstörungen erhält der Kriegsbeschädigte neben der Militärrente noch eine Versäumnungszulage. Sie ist bei Unteroffizieren und Mannschaften gleich hoch und beträgt bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich je 27 Mk. bei Verlust oder Erblindung beider Augen monatlich je 54 Mk. Die Versäumnungszulage von monatlich 27 Mk. kann ferner — ohne daß ein gerichtliches Verlangen darauf besteht — bewilligt werden bei Erlangung der Bewegung- und Gebrauchsfähigkeit einer Hand, eines Armes, eines Fußes oder eines Beines, wenn die Erlangung so hochgradig ist, daß sie dem Verlust gleich zu achten ist, bei Verlust oder Erblindung eines Auges im Falle verminderter Gebrauchsfähigkeit des anderen Auges, bei anderen schweren Gesundheitsstörungen, wenn sie fremde Pflege und Wartung bedürftig machen. Bei Geschlechtskrankheiten oder schweren Störungen kann die einfache Versäumnungszulage bis zum Betrage von 54 Mk. monatlich erhöht werden. Die

Bestimmungen der Zulage kann nicht verkürzt werden. Sie unterliegt nicht der Steuerpflicht.

c) Die Kriegszulage.

Außer Militärrente und Versäumnungszulage erhält der Beschädigte, wenn die Dienstbeschädigung durch den Krieg herbeigeführt ist, eine dauernde Zulage in Höhe von monatlich 15 Mk. Die Kriegszulage ist unveränderlich und unterliegt nicht der Steuerpflicht.

Neben diesen rechtsgesetzlich bestimmten Rentenbezügen kennt das Gesetz aber noch eine Reihe anderer Zulagen und Vorteile für Kriegsbeschädigte, die unter bestimmten Voraussetzungen bewilligt werden können. Hierher gehören die Alterszulage, die Bestimmungen über die Familienunterstützung, über das „Gnadensierteljahr“ und schließlich auch die Bestimmungen über den Hülfsverordnungs- und Anstellungsschein.

1. Alterszulage.

Hat ein Kriegsbeschädigter das 55. Lebensjahr vollendet und beträgt sein Gesamteinkommen einschließlich der gesetzlichen Rentenbezüge weniger als 600 Mk. jährlich, so kann ihm der an 600 Mk. fehlende Betrag als Alterszulage gewährt werden. Ein Rechtsanspruch auf Alterszulage besteht nicht. Die Alterszulage unterliegt nicht der Steuerpflicht.

2. Familienunterstützung.

Wie heute allgemein bekannt, erhalten die bedürftigen Angehörigen der im Heere lebenden Unteroffiziere und Mannschaften während des Krieges von Reich und Gemeinde die zum angemessenen Lebensunterhalt erforderlichen Mittel in Form einer Familienunterstützung. Diese Geldzuwendung kann, wenn Bedürftigkeit vorliegt, den Angehörigen eines Kriegsbeschädigten nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst neben der Militärrente drei Monate ungeschmälert weiter bewilligt werden.

3. Gnadensierteljahr.

Beitritt ein Rentempfänger, so erhalten seine Witwe oder seine Abkömmlinge oder die Verwandten, deren ausschließlicher Ernährer er war, die vorgenannten Bezüge als

Gnadensierteljahr auf die Dauer von drei Monaten weiter. Hülfsverordnungs- u. Anstellungsschein.

Schließlich gehören hierher, obwohl es sich dabei nur um eine mittelbare Versorgung handelt, noch die Bestimmungen über die Gewährung des Zivilversorgungsscheines und Anstellungsscheines: Kapitulant, die entweder Dienstzeit hinter sich haben oder vor Ablauf dieser Zeit infolge einer Dienstbeschädigung dienstunbrauchbar werden, haben einen Anspruch auf den Zivilversorgungsschein, wenn sie zum Beamten würdig und brauchbar erscheinen. Dem nicht zu den Kapitulantem gehörenden Unteroffizieren und Mannschaften kann auf ihren Antrag neben der Rente ein Anstellungsschein für den Unterbeamtenbesitz verliehen werden, wenn sie infolge ihrer Beschädigung ihrem bisherigen Beruf nicht mehr nachgehen können und zum Beamten würdig und brauchbar erscheinen. Wenn allerdings jetzt viele Kriegsbeschädigte die Erlangung des Anstellungsscheines ganz besonders anstreben, so übersehen sie hierbei meist, daß sie mit dem Anstellungsschein keineswegs einen Anspruch auf eine bestimmte Stelle erwerben, daß sie bei der großen Anzahl von Bewerbern meist sehr lange warten müssen und daß sie oft noch langem Warten nur eine Stelle erhalten, die verhältnismäßig gering besoldet ist.

5. Zusatzrente.

Für Fälle, in denen das Einkommen eines Kriegsbeschädigten erheblich hinter seinem früheren Arbeitsverdienst zurückbleibt, verfügt die Heeresverwaltung über Reichsmittel (den sogenannten Hülfsausgleichsfond), aus denen bei unzureichendem Rentieinkommen eine Zusatzrente gewährt werden kann. Anträge auf Gewährung dieser Zusatzrente sind beim Bezirksfeldwebel zu stellen. Ausschüsse über die Voraussetzungen, unter denen diese Zusatzrente bewilligt wird, kann die Hilfskasse der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge erstellen.

6. Die Kapitalabfindung.

Die Versorgungsberechtigten, die das 21. Lebensjahr vollendet und das 55. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, können auf besonderen Antrag statt eines Teiles der Rente (Kriegszulage, Versäumnungszulage) ein Kapital erhalten (Kapitalabfindung) und zwar zum Erwerb eines Grundstückes oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes. (Schluß folgt.)

## Bestellt den „Gesellschafter“!

### Starke Herzen.

Roman einer jungen Obr von Paul Blüh.

81) (Nachdruck verboten.)  
Blutüberfließen stand sie da, so erschrocken war sie. Nicht ein Wort brachte sie heraus.  
Er amüsierte sich darüber. „Sehen Sie, das kommt banal, wenn man sich allein in den wilden Wald hinauswagt. Fürchten Sie sich denn gar nicht vor Räubern und solchen Gesindel?“  
„Wahrscheinlich bekam sie ihre Fassung wieder. Weiter antwortete sie: „Ja, was tun Sie denn hier in unserm Wald?“  
„Natürlich wilderlei ich!“ versetzte er lustig und deutete auf die Blüte.  
Frage nach sie ihn an.  
Und mit einem bitteren Unterton in der forciert heiseren Sprache fuhr er fort: „Das scheint Sie gar zu wundern, meine gnädige Frau! Ja, können Sie denn meinen guten Ruf noch nicht? Man sagt mir doch nach, daß ich auf allen möglichen Gebieten wilderlei! Wissen Sie das wirklich noch nicht?“  
Sie schämte. Fast tat er ihr leid, so viel geheimes Weh klang aus diesen Tönen. Was sollte sie ihm darauf antworten? Am besten, sie ging sofort zu einem anderen Thema über.  
Und ganz ruhig fragte sie dann: „Es scheint, daß Sie gar nichts gekostet haben, wie?“  
Er verneinte lächelnd: „Nicht ein einziges Bissen. Da draußen liegt nämlich mein Kartoffelacker. Dieser Waldweg führt direkt darauf hin.“  
„Ah, und nun geben Sie es für heute auf?“  
„Eigentlich sollte ich nun erst recht beginnen. Sie würden mir doch sicher Glück bringen.“  
Sie hatte den Strich zusammengelegt. Nun sah sie auf. Und wieder gewahrte sie, wie freudig er bliden konnte.  
„Allo, auch abergläublich“, sagte sie dann.

„Und wie! Das tiefste Mittelalter! Es gibt überhaupt keine schlechte Eigenschaften, die ich nicht hätte.“  
Bernwardt schweigte. Was für ein sonderbarer Mensch war er doch.  
Da sie sich zum Heimweg anschickte, fragte er: „Darf ich Sie begleiten, gnädige Frau?“  
„Ja bitte“, erwiderte sie heiter, „hoffentlich ist mein Mann schon zurück; dann können Sie wieder ein Glas von Ihrem geliebten Burgunder bekommen.“  
„Allo, also für einen heimlichen Feind hätten auch Sie mich schon?“  
„Wie können Sie nur so etwas sagen! Es war doch nur ein Scherz von mir!“ — Ganz erschrocken war sie.  
Da lachte er bell auf. So sehr amüsierte ihn ihre tölpliche Naivität.  
Nun war sie ganz verwirrt und wußte nicht ein noch aus.  
Das merkte er, und deshalb hat er sofort um Entschuldigung für seinen kühnen Ton, wosauf sie dann auch ihre Ruhe und Fassung wiedergewann.  
Endlich begann er wieder: „Allo, Ihr Mann ist nicht daheim. Eigentlich ist es unerhört, keine Frau so allein zu lassen; das muß ich dem guten Reich mal sagen.“  
Aber Bertold hat wichtige Geschäfte in der Stadt zu erledigen.  
„Das ist doch kein Grund, Sie nicht mitzunehmen.“  
„Welleicht möchte ich nicht mit.“  
Leicht erkant hat er auf.  
„Freilich, das sag ich nicht in Betracht.“  
„Wieso? Wundert Sie das denn so sehr?“  
Er hob die Schultern und lächelte.  
„Eigentlich sollte man sich heute über gar nichts mehr wundern.“  
Das verstand sie nicht. Und noch einmal fragte sie: „Verstehen Sie es denn nicht, daß man die Einsamkeit lieben kann? Hat so ein schöner, stiller Gedächtnis denn gar keinen Reiz für Sie?“  
Stumm und freudig sah er sie an.  
Und als sie keinen Blick gewahrte, glaubte sie etwas wie eine leise Traurigkeit darin zu lesen, und das fürchte

sie ihm immerlich plötzlich näher, daß lächelte ein geheimes freundschaftliches Empfinden für ihn in ihrer Seele auf. Und ohne daß sie es eigentlich recht wußte, fand sie plötzlich den Mut zu der Frage: „Sagen Sie mir nur, weshalb spielen Sie uns allen immer solche Komödie vor? Sie geben sich immer als so ein Souffler und so ein großer Bestimter, und im Grunde sind Sie das doch eigentlich ganz und gar nicht.“  
„Nein, was er demagen verblüfft, daß er sie starr und sprachlos anstarrte.“  
Und nun erst wunderte auch sie sich über ihren Mut, ihm derartiges zu sagen. Erwidert hat sie schnell um Verzeihung für ihre Kühnheit.  
Mit leicht karkassischem Lächeln strich er über seinen Spitzbart und fragte: „Ja, meine gnädige Frau, wenn Sie nun doch einmal so kühn wären, dann sagen Sie mir, bitte, aber auch, für wen Sie mich denn halten?“  
Wieder wurde sie purpurrot und wieder hat sie um Verzeihung. Wie konnte sie nur so etwas sagen! Der Boden brannte ihr unter den Füßen. Und schneller schritt sie aus.  
Er aber sagte still und heiter: „Bitte, meine Gnädige, laufen wir doch nicht so! Besser wird es dadurch doch nicht. Ein gesprochenes Wort kann man nicht wieder fortnehmen. Und warum auch schließlich? Wir hat es nicht wehgetan, im Gegenteil, es hat mich gefreut, daß man hier mal eine Dame findet, die den Mut hat, ihre Meinung frei herauszusagen; — bei so viel platter Wildheit ist das eine höchst erfreuliche Ausnahme. — Also bitte, brechen wir das Thema noch nicht so ohne weiteres ab, nein!“  
Aber sie schwieg auch jetzt noch, denn sie wußte sich gar keinen Rat, wie sie sich aus dieser schwierigen Situation glücklich heraussetzen sollte.  
Ihm entging das nicht, doch er dachte nicht daran, sie jetzt zu schonen. Wenn schon, denn schon! Jetzt wollte er klar leben, wie man zueinander stand!  
(Fortsetzung folgt.)

den 27. Nov. 1917.

ng.

die heilige Erde und  
täglich des Heidentodes  
Salers

hler  
ter

die Beteiligung des  
eins an der Trauerfeier,  
knigsten Dank  
lebend  
ange Gattin:  
hler, geb. Wafz  
5 Kindern.

den 27. Nov. 1917.

geige.

gegen zu nehmen

die Verwandten, Frau-  
stellung, daß meine Hebe  
Kutter, Schmecker, Tante

Wagner

hler

26. November im Mitter-  
schlafen 18.

eamter,  
Schweizer, 3. im Felde,  
in Felde,  
er.  
mittags 2 Uhr.

27. November 1917.

ng.

dem Hülfsfonds anseher  
und Großmutter

anselmann

und für die zahlreich  
Kuhhütte, sowie für die  
Fassung des Herrn Lehrers

lebenen

er Gatte:

Hanselmann.

dürfen in  
fehlen!

Bestellung:

vierteljährlich 5.—

„Postle“ 6.—

5.—

3.—

abgeschrieben jährlich 3.40

lg., Nagold.





e) Zechenbesitzer, soweit sie selbst erzeugte Kohlen, Koks und Briketts zur Aufrechterhaltung ihres Grubenbetriebes (Zechenfeldverbrauch) oder zum Betriebe eigener Koksereien (mit oder ohne Nebenproduktanlagen), Leerdestillationen, Generatorgas- und sonstiger Gasanlagen oder Brikettfabriken verwenden (verkohlen, briquetieren), wenn diese Werke in unmittelbarem Anschluß an die demselben Zechenbesitzer gehörige Zechenanlage errichtet sind;

f) Die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, d. h. solche Betriebe, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit einem landwirtschaftlichen Betriebe von dessen Inhaber geführt werden, soweit sie nicht Gegenstand eines selbständigen gewerblichen Unternehmens sind;

g) Schlachthöfe, Gastwirtschaften, Gasthöfe, Badeanstalten, Warenhäuser, Ladengeschäfte, Krankenhäuser, Strafanstalten und ähnliche Betriebe, ferner Bäckereien, Schlachtereien, soweit sie dem Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder sich vorübergehend aufhaltenden Bevölkerung dienen.

3. Ob jemand ein Verbraucher meldepflichtig ist, bestimmt im Zweifelsfalle zunächst die für den Betrieb zuständige Kriegskommission. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung kann über die Meldepflicht abweichend von dieser Bestimmung entscheiden.

### § 3. Inhalt der Meldung.

1. Die Angaben haben in Tonnen = 1000 Kilogramm zu erfolgen und sind unter genauer Adressenangabe des Lieferanten oder der Liefererin nach Art (Steinkohle, Steinkohlenbriketts, Braunkohle, Braunkohlenbriketts, Zechenkoks und Gaskoks), Herkunft nach Gebieten der amtlichen Verteilungsstellen, mit der genauen Bezeichnung gemäß § 6 (z. B. Gebiete rechts der Elbe, Sachsen links der Elbe, Schlefien usw.) und Sorten (Fett, Mager, Fieber, Stills, Ruß, Staub, Schlammkohle usw.) zu trennen. Die Meldungen haben folgende Angaben zu enthalten:

- a) Bestand am Anfang des Vormonats,
- b) Zufuhr im Vormonat,
- c) Bestand zu Beginn des laufenden Monats,
- d) Verbrauch im Vormonat,
- e) Bedarf für den laufenden Monat,
- f) Voraussichtlicher Bedarf für den folgenden Monat.

2. Als Monatsbedarf (Spalten 8 und 9 der Meldekarte) darf nur angegeben werden die tatsächlich zur Führung des Betriebes in dem angegebenen Monat benötigte Brennstoffmenge. Insbesondere dürfen etwaige Lieferrückstände nicht in die Bedarfsangabe einbezogen werden. Betriebe, die laut amtlicher Bestimmung von der Belieferung ganz ausgeschlossen sind, haben als Bedarf Null anzugeben; solche, die von der Belieferung über eine bestimmte Brennstoffmenge oder -quote hinaus ausgeschlossen sind, haben nur diese als Bedarf anzumelden.

### § 4. Nachprüfung der Angaben.

Der Meldepflichtige hat fortlaufend über seinen Verbrauch an Brennstoffen nach Art, Herkunftsgebiet und Sorte in solcher Weise Buch zu führen, daß eine Nachprüfung der Bestände möglich ist.

### § 5. Meldestellen.

1. Die Meldungen sind zu erstatten:
- 2) an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin;
- 3) an die für den Ort der gewerblichen Niederlassung des Meldepflichtigen zuständige Kriegskommission;
- 4) an diejenige amtliche Verteilungsstelle, welche unter Berücksichtigung der Herkunft der meldepflichtigen Brennstoffe zuständig ist (siehe § 6). Bezieht der Meldepflichtige Brennstoffe aus den Gebieten mehrerer amtlicher Verteilungsstellen, so sind an alle diese amtlichen Verteilungsstellen Meldekarten einzusenden;
- 5) an den Lieferer des Meldepflichtigen. Befiehlt der Meldepflichtige bei mehreren Lieferanten, so ist an jeden Lieferer eine besondere Meldekarte zu richten. Bezieht er von einem Lieferanten Brennstoffe aus mehreren Herkunftsgebieten, so hat er diesem Lieferanten so viel Karten einzureichen, wie Herkunftsgebiete in Frage kommen. Für die von einem im Ausland wohnenden Lieferanten unmittelbar bezogenen böhmischen Kohlen sind die Meldekarten nicht an den ausländischen Lieferer, sondern (soweit es sich um nicht im Königreich Bayern gelegene Betriebe handelt) an den Kohlenausgleich Dresden (siehe § 6, Ziffer 7) zu senden, und zwar mit der Aufschrift: „Auslandskohle“. Für Betriebe, die im Königreich Bayern liegen, sind diese Meldekarten an die amtliche Verteilungsstelle München (§ 6, 9) zu senden und zwar mit derselben Aufschrift.
- 6) an den Lieferer des Meldepflichtigen. Befiehlt der Meldepflichtige bei mehreren Lieferanten, so ist an jeden Lieferer eine besondere Meldekarte zu richten. Bezieht er von einem Lieferanten Brennstoffe aus mehreren Herkunftsgebieten, so hat er diesem Lieferanten so viel Karten einzureichen, wie Herkunftsgebiete in Frage kommen. Für die von einem im Ausland wohnenden Lieferanten unmittelbar bezogenen böhmischen Kohlen sind die Meldekarten nicht an den ausländischen Lieferer, sondern (soweit es sich um nicht im Königreich Bayern gelegene Betriebe handelt) an den Kohlenausgleich Dresden (siehe § 6, Ziffer 7) zu senden, und zwar mit der Aufschrift: „Auslandskohle“. Für Betriebe, die im Königreich Bayern liegen, sind diese Meldekarten an die amtliche Verteilungsstelle München (§ 6, 9) zu senden und zwar mit derselben Aufschrift.

II. Sämtliche Meldekarten sind gleichlautend auszufüllen. Auch wenn mehrere Karten an verschiedene amtliche Verteilungsstellen oder verschiedene Lieferanten zu richten sind, müssen sämtliche Karten in allen Teilen genau gleich lauten. Dies bezieht sich auch auf die Bezeichnung der Sorten und Mengen und die Namen der Lieferanten.

III. Für Gaskoks sind die unter Abs. I Ziffer 3 genannte, an die amtliche Verteilungsstelle zu richtende Meldekarte fort.

### § 6. Amtliche Verteilungsstellen.

- Amtliche Verteilungsstellen sind:
- 1) Für Steinkohle\*) aus Ober- und Niederschlesien:  
Amtliche Verteilungsstelle für Schlesische Steinkohle in Berlin W 8, Unter den Eichen 32.
  - 2) Für rheinisch-westfälische Steinkohle\*):  
Das Rheinisch-Westfälische Kohlenregulativ in Essen.
  - 3) Für Steinkohle\*) aus dem Lotharer Revier:  
Amtliche Verteilungsstelle für die Steinkohlengruben des Lotharer Reviers in Kohlscheid (Bez. Lothar).
  - 4) Für die Steinkohle\*) aus dem Saarrevier, Lotharingen und der Bayer. Pfalz:  
Amtliche Verteilungsstelle für das Saarrevier in Saarbrücken 2 (Abt. Bergwerksdirektion).
  - 5) Für die Braunkohle\*\*) aus dem Gebiet rechts der Elbe:  
Amtliche Verteilungsstelle für die Braunkohlenwerke rechts der Elbe in Berlin NW 7, Reichsplatz 10.
  - 6) Für die Mitteldeutsche Braunkohle\*\*) (links der Elbe) mit Ausnahme der unter 7) genannten:  
Amtliche Verteilungsstelle für den Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Halle a. S., Landwehrstr. 2.
  - 7) Für die Braunkohle\*\*) aus dem Königreich Sachsen links der Elbe und dem Herzogtum Sachsen-Altenburg, sowie für böhmische nach Deutschland (außer Bayern) eingeführte Kohle und für schlesische Steinkohle\*):  
Kohlenausgleich Dresden, Eisenkommandantur E. Dresden.
  - 8) Für rheinische Braunkohle\*\*), Braunkohle\*\*) der Grube Guffas bei Dettlingen und Braunkohle aus dem Distrikt, dem Wekerwald und dem Großherzogtum Hessen:  
Amtliche Verteilungsstelle für den Rheinischen Braunkohlenbergbau in Köln, Unterförschenhausen 5-7.
  - 9) Für Steinkohle\*) und Braunkohle\*\*) aus dem rechtsrheinischen Bayern (ohne Grube Guffas bei Dettlingen) und für böhmische, nach Bayern eingeführte Kohle\*):  
Amtliche Verteilungsstelle für den Kohlenbergbau im rechtsrheinischen Bayern, München, Ludwigsstr. 16.
  - 10) Für Steinkohle\*) des Saalfelds und seiner Umgebung (Oderkräften, Dorfinghausen, Töberbüren usw.):  
Amtliche Verteilungsstelle für die Steinkohlengruben des Saalfelds und seiner Umgebung, Dorfinghausen a. Dörfel.

\*) Auch Steinkohlenbriketts, Schlammkohle und Koks.  
\*\*) Auch Braunkohlenbriketts, Kokssteine und Gaskoks.

### § 7. Art der Meldung.

1. Die Meldungen, die mit Namenunterschrift (Plamenunterschrift) des Meldepflichtigen versehen sein müssen, dürfen nur auf den amtlichen, für Dezember bestimmten Meldekarten mit grünem Druck erstattet werden, die jeder Meldepflichtige bei der zuständigen Ortskohlenstelle, beim Fehlen einer solchen bei der zuständigen Kriegskommission, wenn auch diese fehlt, bei der zuständigen Kriegskommission, gegen eine Gebühr von Mk. — 15 für 4 zusammenhängende Karte beziehen kann. Auch die etwa noch weiter erforderlichen Meldekarten (siehe § 5, 3 und 4 und § 9, 2) sind dort einzeln für 3 Pfennig das Stück erhältlich.

2. Hat ein Meldepflichtiger Betriebe an verschiedenen Orten, so müssen für jeden Betrieb die Meldungen gesondert erfolgen.

3. Die Meldekarten enthalten eine Einteilung nach Verbrauchergruppen. Jeder Meldepflichtige hat die für ihn in Frage kommende Verbrauchergruppe durch Durchkreuzen kenntlich zu machen. Falls ein Meldepflichtiger nach der Art seines gewerblichen Betriebes zu mehreren Verbrauchergruppen gehört, ist möglich, zu welcher Verbrauchergruppe der wesentliche Teil seines Betriebes gehört. Ist ihm vom Reichskohlenkommissar eine Verbrauchergruppe angewiesen worden, so hat er diese zu durchkreuzen. Es ist unzulässig, mehrere Verbrauchergruppen zu durchkreuzen.

### § 8. Meldung im Falle der Annahmeverweigerung der Meldekarten durch Lieferanten.

Wenn ein Meldepflichtiger keinen Lieferer zur Annahme seiner Meldekarte findet, so hat er neben der für den Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin bestimmten Meldekarte auch die für den Lieferer bestimmte Meldekarte dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin einzusenden, und zwar mit einem besonderen Begleitschreiben, in dem angegeben ist, aus welchem Grunde die Meldekarte nicht an einen Lieferer weitergegeben wurde, und welcher Lieferer vorgeschlagen wird.

### § 9. Weitergabe der Meldungen durch die Lieferanten.

1. Jeder Lieferer, dem eine Meldekarte zugegangen ist, hat sie ohne Verzug seinem eigenen Lieferer weiter zu geben, bis sie zu dem Hauptlieferer gelangt. Hauptlieferer ist das liefernde Werk (Zechen, Koksanstalt, Brikettfabrik) oder, wenn es einem Dritten (Verkaufskartell oder Handelsfirma) den Absatz seiner Produktion überlassen hat, dieser Dritte.

2. Falls ein Lieferer (Händler) die in einer Meldekarte aufgeführten Brennstoffe von mehreren Vorlieferern bezieht, so gibt er nicht die ursprüngliche Meldekarte weiter, sondern stellt deren Inhalt auf so viel neue Meldekarten, wie Vorlieferer in Frage kommen. Die neuen Meldekarten hat er an die einzelnen Vorlieferer weiter zu geben. Die Mengen der neuen aufgeteilten Meldekarten dürfen zusammen nicht mehr ergeben, als die der ursprünglichen Karte. Jede neue Meldekarte hat:

- a) die auf diese Karte entfallende Menge,
- b) die auf die anderen Karten verteilten Restmengen der ursprünglichen Karte mit Nennung der Lieferer und der von jedem bezogenen Einzelmengen und Sorten, zu enthalten. Die neuen Meldekarten sind mit dem Vermerk „Aufgeteilt“ und dem Namen der aufstellenden Firma zu versehen. Die ursprüngliche Karte ist bis zum 1. April 1918 sorgfältig aufzubewahren.

3. Jeder Lieferer (Händler), der von einem im Auslande wohnenden Lieferanten böhmische Kohlen bezieht, hat die betr. Meldekarten nicht an den ausländischen Lieferer, sondern, falls es sich um Meldekarten handelt, die von im Königreich Bayern gelegenen Betrieben herrühren, an die amtliche Verteilungsstelle München (§ 6, 9), andernfalls an den Kohlenausgleich Dresden (§ 6, 7) zu senden. Die Karten für solche ausländischen Lieferungen sind mit der Aufschrift „Auslandskohle“ zu versehen.

### § 10. Unzulässigkeit von Doppelmeldungen.

Meldungen derselben Bedarfsmenge bei mehreren Lieferanten sind verboten.

### § 11. Wirkung unterlassener Meldung.

Ein Meldepflichtiger, der seiner Meldepflicht nicht oder nicht fristgerecht genügt, oder solche oder unvollständige Angaben macht, hat neben der Bestrafung gemäß § 13 zu gewärtigen, daß ihn der Reichskommissar für die Kohlenverteilung oder die Amtliche Verteilungsstelle von der Belieferung ausschließt.

### § 12. Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge, die diese Bekanntmachung betreffen, sind an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Berlin, zu richten.

### § 13. Strafen.

Zusicherungen gegen diese Verordnung werden nach der eingangs erwähnten Bestimmung des § 7 der Bekanntmachung vom 28. Februar 1917 mit Geldstrafe bis einem Taler und mit Gefängnis bis zu 10 Tagen oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zusicherungen beziehen, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

### § 14. Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Dezember 1917 in Kraft.

Berlin, den 20. November 1917.

### Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

Zu vorstehender Bekanntmachung der Reichskommission für die Kohlenverteilung wird bestimmt:

1. In § 2 (1) wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Gasanstalten von der Meldepflicht nicht mehr ausgenommen sind und daß Betriebe, deren Brennstoffzufuhr gesperrt ist, ebenfalls meldepflichtig sind.

2. Zu § 3 (2) Falls der angegebene Monatsbedarf die Menge übersteigt, die dem Verbraucher auf Grund von Abschließen der Abgabe der bisherigen Bezüge zustehen, so ist als ein Seitensatz eines Mehrbedarfs handelt, sind die Mehrmengen unter „Bemerkungen“ zahlenmäßig anzuführen.

3. Zu den §§ 5 und 6 Für wirtsch. gewerbliche Verbraucher von 10 t Brennstoffen und darüber sind die Meldungen wie folgt zu erstatten:

- a) unter Benützung des Meldeheftes:  
eine Meldung an den Reichskommissar in Berlin  
zwei Meldungen an die Landeskohlenstelle  
eine Meldung an den Lieferer;
- b) unter Benützung der Einzelkarten:  
an die weiteren Lieferanten und  
an die Amtlichen Verteilungsstellen gemäß § 6.

4. Zu § 7: Die Meldekarten und Einzelkarten sind wie bisher bei den Oberämtern, in Städten mit über 10000 Einwohnern beim Stadtschultheißenamt, sowie auch bei der Landeskohlenstelle Stuttgart (Hotel Silber) erhältlich.

5. Zu § 11: Auf die Folgen der Unterlassung der Meldung und der verspäteten und unrichtigen Meldung wird ausdrücklich aufmerksam gemacht. Verbraucher die gegen diese Bestimmungen verstoßen, können auch o. der Landeskohlenstelle nicht berücksichtigt werden.

6. Wiederholt wird bekannt gegeben, daß Verbraucher, die ihrer Auftragsverpflichtung (Bekanntmachungen des Reichskommissars vom 1. Mai 1916 und 18. September 1917) nicht nachkommen, nicht auf Berücksichtigung rechnen können, und daß Klagen über Kohlenmangel nur dann berücksichtigt werden, wenn sie auf dem vorgeschriebenen Formdruck, der bei den in Ziffer 4 bezeichneten Stellen erhältlich ist, an die Landeskohlenstelle eingereicht werden.

Sodann wird darauf aufmerksam gemacht, daß Rückstände aus dem Vormonat im allgemeinen nicht nachgeliefert werden und deshalb Anmahnungen am Monatschluß zwecklos sind.

Stuttgart, den 26. November 1917.

Rgl. Württ. Kriegsministerium  
o. Reichsleiter.

Verzeichnis  
mit  
Gegenstand  
von- und  
Preis  
der  
Wk. 1.65, im  
und 10 Km-  
Wk. 1.65, im  
Wiesenburg  
Monats-  
nach Ver  
M 281

### Die be

Der Krieg  
auf drei  
menschl  
deutsche  
der Zahl  
Vladim  
schäftl  
durch den  
mangel zu  
der Hel  
und Gr  
der Fein  
dem sel  
an Mater  
ihnen in  
sie anzu  
abgesch  
nicht st  
aus Mangel  
Heeres  
weder in  
wir schon  
Deutschl  
an Sch  
gehen m  
Krisen  
bis jetzt  
nicht er  
vollstän  
man daran  
unserer  
den Um  
Eine gem  
und Ind  
arbeiten  
teilung  
kleinen  
darstellt  
nen bes  
ergänze

### Roman

Und da  
von neuem  
Sonnens  
erfahren  
Da hat  
ich gef  
nun nicht  
Er aber  
allein, w  
dear Wort  
mir die  
paar Min  
Es hang  
he nicht  
Und er  
Stimme  
Sie wisse  
bimmell  
für gut  
wurde m  
die Haupt  
nicht. —  
Wiso id  
Kltagst  
man sein  
war lo  
vor Freu  
eines Ton  
Liede bi  
meine ve  
Freund.  
Sollag  
große  
über bel  
wurde. C  
führ in

